

Lehrerverband will nationale Gewaltmelde-Datei für Schulen und beklagt: Die Politik schaut weg!

[Veröffentlicht am 13.04.2018 von EpochTimes](#)

Der Deutsche Lehrverband fordert eine länderübergreifende Meldepflicht für Gewaltvorfälle an Schulen. Die Politik habe bislang bei Antisemitismusvorfällen, bei religiösem Mobbing generell und anderen Missständen weggeschaut.

„Es ist untragbar, dass die Bundesländer dazu bislang keine Auskunft geben können“, sagte Lehrerverbands-Präsident *Heinz-Peter Meidinger* den Zeitungen des „Redaktionsnetzwerks *Deutschland*“ (13.04.2018).



Kinder und eine Lehrerin in einer Grundschule in Deutschland.
Foto: JOHN MACDOUGALL/AFP/Getty Images

Die Politik habe bisher bei bestimmten Vorgängen leider „systematisch weggeschaut bei Antisemitismusvorfällen, bei religiösem Mobbing generell, aber auch bei der geringschätzigen, teilweise unerträglichen Behandlung weiblicher Lehrkräfte durch einzelne Schülergruppen mit Migrationshintergrund.“

Meidinger beklagte zugleich Defizite in der Lehrerausbildung und eine Resignation in Brennpunktschulen.

In der Praxis stelle sich heraus, „*dass Lehrkräfte, die beispielsweise Naturwissenschaften unterrichten, verunsichert sind, wie sie mit antisemitischen Äußerungen umgehen sollen, weil sie darauf nicht vorbereitet sind*“. Das gelte auch für „*rechts-populistische*“ Einwürfe.

→ „Ich glaube, da müsste man in der Lehrerausbildung mehr tun. Dass sich dabei der `Staatsbürgerunterricht` oft auf das Grundgesetz und auf Grundfragen der Demokratie beschränkt, ist wenig hilfreich.“

Es gebe inzwischen in Brennpunktschulen „*eine Art Resignation, Vermeidungsstrategien, vielleicht auch Kapitulation bei einzelnen Lehrkräften*“. (dts)